

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 48. 32. Jahrg.

28. Novbr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Paul Lange, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, 111. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Otto Stiller, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Unser Verbandsparlament. Unser Verbandstag in Magdeburg. Gautag in Hannover. — **Allgemeines:** Zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes. Für den Industrieverband. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Warnung!

Die Kartonnagenfabrik „Nymegen“, Holland, versucht in letzter Zeit, Offsetdrucker aus Deutschland zu engagieren.

Die holländischen Kollegen meiden diese Firma, da dieselbe sich hartnäckig weigert, den dortigen Tarif anzuerkennen. Auch geht die Firma beim geringsten Nachlassen der Arbeit mit Kündigungen vor, so daß ein ständiger Wechsel der Arbeitskräfte herrscht.

Wir warnen deshalb alle Kollegen in dieser Firma Stellung anzunehmen.

Der **Verbandsvorstand.**

Unser Verbandsparlament.

Sechs Jahre ohne Verbandstag. Alle drei Jahre soll er statutengemäß stattfinden. Einer ist also glatt ausgefallen. Und in diesen sechs Jahren erleben wir Ereignisse, die eigentlich mehrere außerordentliche Verbandstage bedürft hätten. Dabei stand auch diese Einberufung unter der Gefahr, durch allerlei Umstände nicht zusammentreten zu können. Endlich erreichten die Delegierten unter den tollsten Schwierigkeiten *Magdeburg*. Nur der Kollege *Mühlberger* aus Wien, dessen Kommen bestimmt angekündigt war, ist nicht durchgekommen. Vom Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der Genosse *Knoll* erschienen, allerdings infolge Bahnschwierigkeit und Feiertagsbahnsperre mit gut eintägiger Verspätung. Ähnlich erging es dem Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes, dem Kollegen *Seitz*, während der Kollege *Roelofs* aus Holland nur drei Tage auf der Bahn zuzubringen hatte.

Eine früher in unseren Kollegenkreisen fremde Erscheinung machte sich noch vor Eintritt in die offiziellen Verhandlungen bemerkbar. Die Aufforderung eines Delegierten in linksstehenden Parteizeitungen war nicht ohne Erfolg geblieben. Bald bemerkte man, wie sich eine kleine Gruppe Delegierter absonderte, geheimnisvoll die Köpfe zusammensteckte und Sonderkonferenzen abhielt. Die unerquicklichen Erscheinungen des letzten Metallarbeiterkongresses blieben uns aber erfreulicherweise vollkommen erspart. Was in einer Organisation, wie den Metallarbeiterverband möglich ist, in der Riesenheere von Ungelernten sich vereinigen und in der sich die im Gewerbe Tätigen kaum jemals am Arbeitsplatz näher kennen lernen, daß ist in unserem kleinen Gewerbe unmöglich. Rechts und links, radikal und nicht radikal, sie kennen sich alle viel zu persönlich, haben oft Jahre hindurch bei der Arbeit gute Freundschaft bewahrt, haben Jahre hindurch die schwersten gewerkschaftlichen Kämpfe gemeinsam geführt. Da bleibt kein Raum für persönliche Verdächtigungen. Es kann erfreulicherweise konstatiert werden, daß sich von allem Anfang an ein freundschaftlich-kolleger Geist gezeigt hat, trotz aller Gegensätzlichkeit, die in politischer Beziehung zum Ausdruck kam.

So blieben uns gänzlich die beleidigenden politischen Schlagworte erspart. Da gab es keine Bonzen, keine Verräter und wie die beleidigenden Ausdrücke sonst noch lauten, die z. B. auf der Metallarbeitertagung einen für die Arbeiterschaft so unschönen Eindruck machten. Es war echte Kollegialität, als Mehrheitsvertreter den Kollegen *Albrecht* baten, er mödte als Vertreter der Opposition sich keinerlei Beschränkung in der Redezeit auferlegen, es war echte Kollegialität als zum Schluß Kollege *Albrecht* im Namen der Opposition den *Verbandsbeamten* in bezug auf ihre Pflichterfüllung die rückhaltsloseste Anerkennung aussprach. Und als dann der Kollege *Sadina* mitten in seiner Rede infolge der furchtbaren gewerkschaftlichen Arbeit der letzten Monate einen Nervenschwächeanfall erlitt, da gab es im Moment nur noch mitfühlende Kollegen.

Alte Generalversammlungsbesucher wissen, daß mit dem Geschäftsbericht die Kräfteverhältnisse der entgegenstehenden Auffassungen im allgemeinen abgemessen sind. Das war auch sehr bald hier der Fall. Und es war um so leichter der Fall, als es sich diesmal tatsächlich fast nur um politische Auffassungsverschiedenheiten handelte. Die Zersplitterung in der deutschen Arbeiterschaft schlug auch ihre Wellen in unsere Gewerkschaft hinein. Wer aber die oft wüsten Versammlungen in manchen Städten sich vor Augen hielt, wer an die zum Teil maßlosen Angriffe gegen unsere Verbandsbeamten und vor allen gegen den Redakteur der Graphischen Presse zurückdenkt, der wird kaum begrifflich finden, wie gerade dieser Redakteur, unser Kollege *Domnick* für seine sachlich scharfe und leidenschaftliche Stellungnahme gegen die Opposition so starken aufrichtigen Beifall bei der überwiegenden Mehrheit der Generalversammlung finden konnte. Denn sowohl Kollege *Haß*, der den Bericht des Vorstandes in einstündiger Rede ergänzte, als auch Kollege *Domnick*, der in $\frac{3}{4}$ -stündiger Rede die Stellung der Redaktion rechtfertigte, gingen sofort zum Angriff gegen die Opposition vor, die ihre Wünsche in verschiedenen Anträgen zum Verbandstage niedergelegt hatte.

So konnte *Haß* berichten, daß zwar bei Kriegsbeginn zirka 2500 Kollegen aus dem Verbandsverbande ausgerissen seien, jetzt aber sei die Friedensstärke des Verbandes bereits überholt. Das 17. Tausend wäre bereits überschritten. Sogar die Photographen, unsere Sorgenkinder, seien in hellen Haufen zu uns gekommen, doch sei ihre Fluktuation noch sehr groß. In tiefgehender Weise schildert er dann die geschichtlichen Kämpfe um die richtige Gewerkschaftstheorie und Taktik in der Arbeiterbewegung, schildert dann die Lauheit und die furchtbare Mutlosigkeit der Kollegen während der Kriegsjahre, die immer nur dem Verbandsvorstande die gewerkschaftliche Arbeit überlassen wollten. So stellte Kollege *Haß* in wirkungsvoller Weise stets die radikalen Geste der Kollegen den ach so schlappen Handlungen derselben gegenüber. Politisch bekannte und er sich rückhaltlos zur sogenannten Kriegspolitik der Generalkommission der Gewerkschaften.

Kurz vor der Mittagspause nahm nach dem Bericht des Kassierers Kollegen *Brall* und des Ausschußvorsitzenden Kollegen *Beine*, der bis-

herige Redakteur Kollege *Domnick* das Wort. Unter dem Eindruck seiner großangelegten Rede verstummte das kleinste Geräusch, lautlos lauschte Freund und Gegner seinen Worten. Man habe ihm in den Anträgen und in Wort und Artikeln vorgeworfen, er vertrete Unternehmerinteressen, er hätte sich also gründlich gewandelt. Das Gegenteil sei wahr, seine Kritiker hätten in Wahrheit mehr und mehr den Boden verlassen, der einst gemeinsam von allen Sozialisten eingehalten wurde. Unsere Aufgaben in den Gewerkschaften sahen wir in der Gegenwartsarbeit, in der sofortigen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Was aber von den Verfechtern des Rätessystems, von den radikalsten Unabhängigen, Kommunisten usw. angestrebt wurde, das hätte mit den bewährten Zielen und Methoden der Gewerkschaften nicht das Mindeste zu tun. An der Hand eines durchschlagenden Beweismaterials wies er nach, daß Kommunisten keine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft wollten. Sie wollen vielmehr die Verelendung und durch die Verelendung den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens. Das aber sei ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, da dürfe kein vernünftiger Arbeiter mitmachen. Die Kommunistische Partei zu bekämpfen habe er daher als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, davon könne er auch nicht abgehen. Was auf jener Seite empfohlen sei, sei Unklarheit und Verwirrung, Klarheit gebe es nur auf Seiten der Vertreter der alten bewährten Gewerkschaftsauffassung.

Unter dem Eindruck dieser beiden Reden stand auch die Diskussion. Die eigentliche Tätigkeit der Verbandsleitung fand nur sehr geringe Kritik. Erfreulich war insbesondere, daß sich alle, selbst die oppositionellsten Vertreter als unbedingte Anhänger der gewerkschaftlichen Geschlossenheit, der Tarifgemeinschaft und als treue Tarifmitarbeiter bekannten. Dazu die Anerkennung der pflichttreuen Arbeit der Verbandsangestellten, das war ein durchaus anderer Klang, als er uns aus den maßlos erregten Versammlungen der letzten Jahre entgegenschallte. In diesem Kreis der besten und geistig regsamsten Kollegen (nur zwei Delegierte gehörten dem Verbandsverbande erst seit Februar d. Js. an, die anderen durchweg alle mehr als sieben Jahre), hat die Phrase keinen Kurswert. Nur ernste Gedanken finden Anerkennung und Würdigung. Das war im allgemeinen früher so, daß es auch heute noch so ist, das erfüllt uns mit Stolz und aufrichtiger Freude.

Unser Verbandstag in Magdeburg.

Der Tagung ging am 18. November eine Gauleitertagung voraus.

Am Vorabend hatten die Magdeburger Kollegen schnell noch eine Begrüßungsfeier für den durch die Bahnsperre um zwei Tage verschobenen Verbandstag veranstaltet. Die vorher arrangierte größere Feier mußten die Magdeburger Kollegen am Sonntag ohne die Delegierten abhalten.

Auf dem Begrüßungsabend hieß der Vorsitzende der Mitgliedschaft Magdeburg, Kollege *Lochstamper*, die Delegierten willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die aus allen Gauen Deutschlands herbeigeeilten Delegierten für die gesamte Kollegenschaft nutzbringende Beschlüsse fassen möchten. Kollege

Haß vom Vorstand unterstrich diesen Wunsch. Unter den gewählten Kollegen befindet sich eine große Anzahl alter, im Verband bewährter Kollegen, die die Gewähr dafür bieten. Sind doch unter den 80 Verbandsvertretern neben dem Vorsitzenden, Kollegen Sillier, dessen Verdienste Kollege Haß in ehrender Weise gedachte, noch 5 Gründer, 8 Kollegen, die inzwischen ihr 25jähriges Verbandsjubiläum gefeiert haben und eine größere Anzahl, die schon lange Jahre rege im Verband arbeiten. Kollege Haß gedachte ferner der vielen Kollegen, die dem Verband während des furchtbaren Krieges verloren gingen. Es sei schwer gewesen, unsern geschwächten Verband über den Krieg hinwegzubringen. Der Verbandstag habe schwierige und große Aufgaben zu verrichten, hoffentlich werden aber Beschlüsse gefaßt, die dem Verband zum Segen gereichen.

Erster Verhandlungstag.

Der Verbandstag wurde am Mittwoch, den 19. November, vormittags in der Reichshalle eröffnet. Es sind 80 Vertreter anwesend. Außerdem sind vom Hilfsarbeiterverband Puder, vom Buchbinderverband Gauleiter Luther, für die holländische Bruderorganisation Kollege Roelofs und für die schwedische Organisation Kollege Wik anwesend. Außerdem wird noch eine Vertretung des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes sowie der Kollege Mühlberger vom Österreichischen Senefelderbund erwartet. Zur Tagesordnung liegt ein Antrag Dresden vor, die Frage der Betriebsräte als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die Opposition tritt lebhaft für diesen Antrag ein, während der Vorstand vorschlägt, diese Frage unter Punkt 5: Aufgaben in der Zukunft, zu behandeln. Der Antrag Dresden wird abgelehnt und beschlossen, zu Punkt 5 der Tagesordnung der Opposition einen Korreferenten zu gewähren.

Zum Bericht des Vorstandes, der in einer 128seitigen Broschüre gedruckt vorliegt, spricht zunächst Kollege Haß, Berlin: Nach den schweren Kriegsjahren, ist der Friedensstand der Mitgliederzahl wieder erreicht. Dieser Erfolg war nur möglich, weil der Vorstand gleich zu Beginn des Krieges zu scharfen Maßnahmen griff, die damals vielfach Widerspruch auslösten. Die politische Stellung unserer Mitglieder ist grundlegend geändert. Der Vorstand und auch der größte Teil der Mitglieder sind auch heute noch von der Wichtigkeit der Gewerkschaften überzeugt. Wir teilen darum die Ansicht der Kommunisten nicht, die die Gewerkschaften als veraltet ablehnen. Die jetzt kritisieren, sind meist Neulinge in der Arbeiterbewegung, denen es nicht schnell genug geht. Man wirft uns von revolutionärer Seite vor, wir hätten den revolutionären Geist der Arbeiterschaft getötet. Wir glauben, daß zur revolutionären Tat bestimmte Voraussetzungen notwendig sind, und die wollen wir mit unserer Arbeit schaffen. Die Grundlage unserer Arbeit ist die neue Wirtschaftsordnung und die Demokratie, auf deren Boden die über große Mehrheit der deutschen Gewerkschaften steht. Dann wird die Kriegspolitik immer noch angegriffen. Wir glauben, es ist besser, jetzt über Zukünftiges zu sprechen, denn unsere Aufgaben sind riesig. Die Vertiefung des Wissens unserer Mitglieder, die Ausbreitung der Organisation der Porträt-Photographen und vieles andere steht uns bevor.

Kollege Brall führt aus: Unsere Kassenverhältnisse hatten sich kaum von dem großen Kampf 1912 erholt, da brach der Krieg aus. Die statistischen Bestimmungen mußten aufgehoben werden, und erst im Laufe der Jahre konnten die Unterstützungen teilweise wieder in Kraft treten. Die Zunahme der Mitgliederzahlen hat dann eine Besserung zur Folge gehabt, so daß der Abschluß für das 2. Quartal 1919 ein ziemlich günstiges Bild bieten wird.

Den Bericht des Zentralausschusses gibt Kollege Beine, Dresden. Der Zentralausschuß hat 74 Sitzungen abgehalten und 12 Konferenzen besucht. Mit dem Hauptvorstand hat stets das beste Einvernehmen geherrscht.

Zum Bericht der Redaktion spricht Kollege Domnick, Braunschweig. Alle zu diesem Teile des Geschäftsberichts gestellten Anträge richten sich nur gegen meine politische Überzeugung. Seit 1901 stehe ich auf dem Boden der Tarifgemeinschaften, die ich noch heute vertrete, ebenso die Neutralität der Gewerkschaften. Das Hilfsdienstgesetz hat uns durch unsere Mitarbeit die Schlichtungsausschüsse gebracht. Dann habe ich im Januar 1918 gegen Lohnforderungen geschrieben. Das tat ich, weil wir in Verhandlungen um die lang ersehnte Tarifgemeinschaft standen, die durch die Lohnforderungen nicht zustande gekommen wäre. Mit Kommunisten gibt es für den Gewerkschaftler keine Einigung, da sie die Gewerkschaften zerstören wollen. Die Sabotage des Wirtschaftslebens kann kein Gewerkschaftler mitmachen. Unabhängige und Deutschland vertreten jedoch die Zusammenbruchstheorie. Die Betriebsorganisation auf Grund des Räteystems und das politische Räteystems lehne ich ab. Es löst die Arbeiterbewegung in Atome auf.

Die Anträge Erfurt, Fürth und Gau Frankfurt a. M., die Arbeitslosenstandsunterstützung, die bei Kriegsausbruch gezahlt wurde, nicht von der statistischen Arbeitslosenunterstützung in Abzug zu bringen, werden begründet.

Kollege Lange vom Vorstand weist auf die große Arbeit hin, die im Hauptbureau geleistet werden mußte. Erfreulicherweise geht es jetzt tüchtig vorwärts. Seit November 1918 bis 15. November 1919 sind 8578 Gehilfen- und 1302 Lehrlings-Aufnahmen zu verzeichnen. Über seine einjährige Tätigkeit als Redakteur während des Militärdienstes des eingezogenen Redakteurs seien Beschränkungen nicht eingegangen. Jedenfalls habe der Vorstand während der verflochtenen Geschäftsperiode alles getan, was in seinen Kräften stand. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird in die Aussprache über den Geschäftsbericht und die dazu gestellten Anträge eingetreten.

Kollege Henschel, Leipzig: Es ist höchste Zeit, endlich Arbeit für die Zukunft zu leisten. Bei Ausbruch des Krieges stand der Verband vor der Katastrophe. Der Hauptvorstand hat diesen Zusammenbruch geschickt verhütet. Mit seiner Lohnpolitik während des Krieges bin ich nicht einverstanden. Sie hat die notwendige Steigerung der Löhne nach dem Kriege gehemmt.

Kollege Schaff, Nürnberg: Die Geschäftsberichte waren zu politisch gehalten, die wirtschaftliche Not der Mitglieder wird die Opposition an der Spaltung der Organisation hindern. Wir müssen die Photographen in den Kleinstädten organisieren.

Kollege Albrecht, Berlin: Die Leistungen des Vorstandes verkennen wir von der Opposition auch nicht. Die Spaltung der Arbeiterschaft ist die Folge der Kriegspolitik der Gewerkschaftsführer um Legien. Die Tarifgemeinschaften sind für uns eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Kollege Dürr, München: Die Kriegspolitik der Gewerkschaften war falsch; wenn ich auch mit manchen Maßnahmen des Hauptvorstandes nicht einverstanden war, bin ich doch Mitglied der Mehrheit. Der Vorstand hat Gutes geleistet.

Kollege Nikolai, Berlin, vertritt den Standpunkt der Opposition.

Kollege Maurer, Stettin: Die Kollegen der Zahlstellen Stettin und Frankfurt a. O. sprechen dem Vorstand ihr Mißtrauen aus.

Kollege Scheibel, Frankfurt a. M.: Die Kritik ist leicht; es fragt sich, ob die Kritiker anders gehandelt hätten, wenn sie verantwortlich gewesen wären. Unsere radikalsten Parteigenossen waren im August die größten Hurraschreier. (Sehr richtig!) Jeder muß zugeben, daß der Verband alles getan hat, die soziale Lage unserer Kollegen zu heben.

Kollege Hehr, Berlin: Die Haltung der »Graphischen Presse« gab viel Anlaß zur Kritik. Mit der jetzigen Haltung des Hauptvorstandes sind wir einverstanden. Die Politik der Sozialdemokratie ist die einzig richtige, wir müssen zur alten Gewerkschaftspolitik zurückkehren. Wir müssen aufbauen und dem Kapitalismus Schritt für Schritt den Boden abringen.

Kollege Bauknecht, Cöln: Die internationalen Beziehungen sind gerade jetzt sehr traurig. Die ausländischen Gewerkschaften unternehmen nichts, um unsere Bemühungen zur Hebung der Valuta zu unterstützen.

Die Verhandlungen werden am Donnerstag früh vertagt —

Zweiter Verhandlungstag.

In der Fortsetzung der Aussprache erhält zunächst Kollege Beyer (Frankfurt a. M.) das Wort: Die Einigungsbestrebungen der Arbeiterschaft müssen wir mit allen Mitteln unterstützen. Unsere Kassenverhältnisse brauchen wir nicht der breitesten Öffentlichkeit preiszugeben. Die Haltung der »Graphischen Presse« war nicht immer richtig.

Kollege Landa, Berlin: Die politischen Debatten auf den Verbandstagen sind nicht zu vermeiden. Die Schuld liegt bei den Hauptvorständen, die die Kriegs- und Revolutionspolitik der Generalkommission vertreten. Die Unternehmer benutzen die Gewerkschaften zu ihrer Rettung. Die Opposition will keine Zerstörung, sondern einen neuen Geist in den Gewerkschaften.

Kollege Sadina, Berlin, schließt sich den Ausführungen Albrechts an.

Kollege Van Dyk, Hamburg: Die Verbandsleitung mußte sich verteidigen. Selbst wenn man die Kriegspolitik der Arbeiterführer nicht unterstützt, so kann man doch nicht von Arbeitervertretern sprechen. (Sehr richtig!) Unsere Führer wollten sicher immer das Beste. Wir dürfen gespannt sein, ob die Opposition uns für die Zukunft praktische Vorschläge machen kann; meistens bleibt es bei den großen Worten. Das Vorgehen der Berliner Chemigraphen wird von dem größten Teil der Kollegen im Reich verurteilt.

Kollege Herbst, Leipzig: Die Unzufriedenheit ist erklärlich, unverantwortlich ist das Treiben solcher von rechts und links, deren Forderungen über das Ziel hinauschießen. Sind wir da nicht selbst schuld? Ein Ende nimmt, sind wir verloren. (Sehr richtig!) Der Vorstand hat in diesem Sinne Gutes geleistet. Das Hilfsdienstgesetz hat in unserm Beruf manche Verbesserungen gebracht. Die Metallarbeiter verweigerten während des Krieges ihre Unterschrift zur Friedenspetition, um ihre Stellung nicht zu verlieren. (Zuruf: Jetzt sind's Spartakisten!) Unsere Presse muß Arbeiterpolitik treiben. (Lebhaft Beifall).

Kollege Rebholz, Köln: Die Arbeiterführer konnten bei Kriegsausbruch nicht anders handeln. Während des Krieges waren die Mitglieder zu säumig, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Im Rheinland müssen wir in letzter Zeit oft selbstständig handeln. Die Niederlage der französischen Sozialisten zerstört viele internationale Hoffnungen. Im besetzten Gebiet zeigt es sich, daß die Radikalsten sich unter den Schutz der Ententebajonette stellen.

Kollege Teuscher, Leipzig: Die Generalkommission hat den Klassenkampf aufgegeben. Der Entwicklungsgang der Geschichte spricht für die Stellung der Opposition.

Kollege Wolf, Berlin: An der Tätigkeit des Hauptvorstandes ist bis jetzt herzlich wenig Kritik geübt worden. Die Meinungsverschiedenheiten werden uns vorwärts treiben.

Kollege Albrecht, Berlin: Die Kritik an der Kriegspolitik war allgemein. Die Meinung über die Tätigkeit des Vorstandes ist einheitlich gut. Die Politik der Mehrheitssozialisten hat die Reaktion großgezogen. Wenn ein Teil der Führer der Mehrheitssozialisten zurücktreten würde, wäre die Einigkeit da.

Die Debatte ist geschlossen. Das Schlusswort hat Kollege Haß, Berlin. Man hat zwar Kritik geübt, aber keine neuen Wege gezeigt. Wir können heute noch nicht wieder Klassenkampfpolitik treiben, weil die Verhältnisse mitsprechen. Wir werden die Kollegen Bartel und Domnick später sehr vermissen. Wer geistiger Führer sein will, hat seine ganze Kraft einzusetzen. Und das haben beide getan. Die große Masse der Kollegen will geführt werden. Auch heute könnten die Gewerkschaften keine andere Stellung einnehmen wie am 4. August 1914. Die Ablehnung der Kredite wäre nur möglich gewesen, wenn es die gesamte internationale Arbeiterschaft getan hätte. Jaurès hat immer wieder den nationalen Gedanken betont. Die Zusammenfügung unserer Mitglieder muß unser nächstes Ziel sein. In einer Zeitschrift kann es keine grenzenlose Meinungsfreiheit geben, da dann sehr oft das Ansehen des Verbandes geschädigt wird. Die Gewerkschaftspolitik hat den Egoismus nicht großgezogen, sie hat die Solidarität gepflegt und jetzt nach dem Kriege müssen wir allerdings wieder von vorn anfangen. Das Vorgehen der Chemigraphen hat uns schwer geschädigt.

Kollege Domnick, Braunschweig: Ich bin gegangen, weil ich dem Rufe meines Parteivorstandes Folge leisten mußte. Die grundlegenden gewerkschaftlichen Anschauungen habe ich immer vertreten. Wenn alle Artikel in der »Graphischen Presse« veröffentlicht werden sollen, dann wird das Blatt ein Parteiblatt. In warmen Worten bemerkt er, daß er sich auch weiter dem Verband zur Verfügung stelle, soweit es seine Zeit erlaube.

Eine Resolution Stuttgart, die die bisherige Gewerkschaftspolitik verurteilt, wird gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Dem Vorstand wird einstimmig Entlastung erteilt. Die Anträge, die gegen die bisherige redaktionelle Haltung der Verbandszeitung Stellung nehmen, werden abgelehnt.

Nach der Mittagspause spricht Kollege Haß, Berlin, über »Unsre Tarif- und Lohnbewegungen«. Während des Krieges war es unsere Aufgabe, alle Unternehmer zu Tarifabschlüssen zu bewegen. Am 15. November wurde die Zentralarbeitsgemeinschaft gegründet. Sie brachte uns den Achtstundentag, die Anerkennung der Gewerkschaften, Kollektivverträge und die Absage an die Gelben. Die Arbeitsgemeinschaften haben den Abschluß von Tarifen gewaltig gefördert. Sie gaben uns ferner die Möglichkeit, gegen die Unternehmer nicht nur mit leeren Protesten, sondern mit positivem Wirken aufzutreten. Der Rahmentarif für das graphische Gewerbe muß das nächste Ziel sein. Unsere Verhandlungen über Tarifabschlüsse führten wir in der ersten Zeit nach der Revolution unter dem Gesichtspunkt, durch hohe Lohnforderungen die Existenz der Republik nicht zu gefährden. Nach dem Gewaltfrien änderten wir unsere Stellung. Der tiefe Stand unserer Valuta hat unsern Export gehoben. Wir haben Interesse daran, unsere Waren nicht an das Ausland zu verschleudern und werden darum durch stärkere Lohnerhöhungen die Unternehmer zu zwingen suchen, zu hohen Preisen zu exportieren. Der Abschluß der vier Zentraltarife bedeutet einen großen Erfolg. Um die schnelle Durchführung zu erzielen, sind wir zum Organisationszwang zurückgekehrt. Sehr wichtig sind die Bestimmungen der Tarife über die Preiskonventionen. Bei der Festsetzung der Preis- und Lieferungsbedingungen haben wir uns Rechte gesichert. Die Lokaltarife der Porträtphotographen sind erste Erfolge auf diesem Neuland. Nach der gesetzlichen Einführung der 48stündigen Arbeitszeit entstand für uns die Frage, ob nun die Forderung der Arbeitszeitverkürzung noch an der Spitze stehen muß. Wir haben teilweise die 47stündige Arbeitszeit durchgesetzt und stehen auf dem Standpunkte, daß auch in Zukunft die Verkürzung der Arbeitszeit das wichtigste sein muß. Wir werden jedoch in einem Kampf um die weitere Verkürzung erst eintreten, wenn die Buchdrucker mit uns gehen. Wenn wir in Zukunft weiter zusammenstehen und den Unternehmern geschlossen gegenüber treten, werden wir vorhandene Mängel beseitigen können.

In der Diskussion wendet sich Kollege Karl Herbst, Leipzig, gegen das Akkord- und Prämiensystem, das seiner Ansicht nach in den Tarifverträgen nicht sanktioniert werden dürfte. Der Tarif für das Lithographie- und Steindruckgewerbe hat große Erfolge gebracht. Die Mitgliedskassen müssen sich den Beschlüssen der Generalversammlung unterordnen.

Kollege Hentschel, Leipzig: In der jetzigen Übergangszeit brauchen wir die Tarifgemeinschaften. Die Regelung der Ferienfrage ist ein Schritt nach vorwärts. Bei Besserung der Berufsfrage muß das Akkord- und Prämiensystem beseitigt werden.

Kollege Adlerstein, München: Die Zentraltarife dürfen keine Verschlechterung der örtlichen Arbeitsbedingungen bringen.

Kollege Roelofs, Holland: Die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen begrüßen wir. Die deutsche Organisation war in Holland vorbildlich. Die holländischen Kollegen sind dabei, sich einen graphischen Industrieverband zu bilden, allerdings fehlen die Buchdrucker noch. Der niedrige Stand der deutschen Valuta hat der holländischen Kollegenstands schwere Gefahren gebracht. Im Laufe des nächsten Jahres wird in Holland die 45stündige Arbeitswoche eingeführt. Die holländischen Kollegen wollen in Zukunft ebenfalls bei der Preisregulierung mitwirken. Die augenblicklichen Schwierigkeiten wird die deutsche Arbeiterschaft sicher überwinden. (Beifall.)

Die Verhandlungen werden auf Freitag früh verlagert.

Dritter Verhandlungstag.

Die Aussprache über Tarif- und Lohnbewegungen wird fortgesetzt. Kollege Pritschow, Dresden: Die Tarifpolitik darf kein Hindernis für den Aufstieg der Arbeiterklasse sein. Die Einführung des Prämiensystems wird in unserem Beruf gegen den Willen der Kollegen nicht möglich sein. Der Abschluß des Reichsarbeitsrats war die konsequente Fortsetzung unsrer bisherigen Verbandspolitik. Die Arbeitszeit müssen wir weiter verkürzen.

Kollege Hartl, München: Die Reichstarife dürfen örtliche günstigere Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern. Bei neuen Tarifabschlüssen müssen die Löhne der männlichen und weiblichen Mitglieder gleich hoch festgesetzt werden.

Kollege Sadina, Berlin: Durch das Eingreifen der Generalkommission ist die Filmgewerkschaft gegründet und die Photographen sind hierbei benachteiligt worden. Der Hauptvorstand hat für die Photographen noch nicht genug getan. Er soll möglichst einen Reichstarif für die Photographen abzuschließen suchen.

Genosse Knoll, Berlin, Generalkommission: verteidigt sich gegen den Vorwurf des Kollegen Sadina, die Photographen zersplittert und bei dem Abschluß des Tarifs für die Film- und Kinoangestellten die Berufsorganisationen ausgeschaltet zu haben.

Kollege Hänlein, Berlin: Die Generalkommission hat die Berufsverbände vor der Gründung des Zentralverbandes der Film- und Kinoangestellten nicht gehört und leider den Filmverband dadurch in seiner besonderen Art gestärkt.

Genosse Knoll, Berlin: Die Photographen der Filmindustrie sind von der Generalkommission darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie mit dem Verband der Steindrucker zusammengehen müssen, aber für einen großen Teil der Film- und Kinoangestellten mußte eine neue Organisation geschaffen werden. Wenn der Filmverband seine Verpflichtungen nicht erfüllt, wird ihn die Generalkommission zur Verantwortung ziehen.

Genosse Seitz, Buchdrucker: Was Hänlein hierüber sagt stimmt. Die Fehler der Generalkommission besteht darin, daß sie bei der Gründung des Filmverbandes mitgewirkt hat. Die Buchdrucker fordern jetzt die 46stündige Arbeitswoche. Der Schiedsausschuß des Arbeitsministeriums hat die 47stündige Arbeitswoche festgesetzt. Im kommenden Jahre werden wir auf die 46stündige Arbeitszeit bestehen. Mit den Unternehmern werden die Verhandlungen am 8. Dezember wegen Erhöhung der Teuerungszulagen wieder aufgenommen. Die Buchdrucker haben an den Satzungen des graphischen Bundes mitgewirkt und werden diesen Standpunkt beibehalten. Die bisherigen Widersprüche der Buchdrucker waren in der Eigenart der Organisation begründet. Selbst bei unserm Zusammenfluß zum Graphischen Bund werden wir nicht alles grundlegend ändern können. Der Versuch muß aber gemacht werden, durch den Zusammenfluß unsre Macht zu vergrößern. (Bravo!)

Kollege Leinen, Dresden: Die Unternehmer im Photographengewerbe wenden sich gegen den Zentraltarif, weil sie befürchten, in den kleinen Städten keine Gehilfen zu erhalten und weil in den Kreisen der Photographen noch ein starker Innungsgeist herrscht. Auf dem Vertretertag der Photographen-Arbeiter in Breslau hat man jedoch schon eine Besprechung mit den Berufsorganisationen der Gehilfenschaft beschlossen. Die Arbeitsgemeinschaften sind eine zeitliche Einrichtung. Für das Prämiensystem und die Akkordarbeit tritt selbst Hilferding in der »Freiheit« ein.

Kollege Nicolai, Berlin: Die Arbeitsgemeinschaften sollen die Klassengegensätze beseitigen. Der Kampf um den Sozialismus kennt keine Klassenharmonie. Wer das Wirtschaftsleben sozialistisch

aufbauen will, muß die Gewerkschaften zu Klassenorganisationen umgestalten.

Kollege Munkle, Berlin weist darauf hin, daß die graphischen Zeichner nach der Leistung bezahlt werden müßten.

Kollege Hoffmann, Berlin: Ein ganz vereinzelter Teil der Kollegen steht selbst noch auf dem Boden des Akkordsystems. Die Kollegen dürfen die 47stündige Arbeitswoche nicht wieder durchbrechen.

Kollege Meuterdt, Mannheim: Die radikale Stellungnahme der Mannheimer Kollegen ist eine Folge der mißlichen Lohnverhältnisse. Durch die langfristigen Tarife werden die Kollegen eingeschläfert.

Kollege Herbst, Leipzig: Wenn die Verträge der Gesamtheit dienen, müssen wir sie abschließen, selbst wenn einzelne Personen oder Gruppen dabei leiden. Man darf jedoch kein Tariffreund unter allen Umständen sein. Wir brauchen mehr Aktivität der Mitglieder. Den Tarifabschluß im Steindruckgewerbe dürfen wir durch die Ablehnung der Akkordarbeit nicht unmöglich machen. Außerdem kann kein Kollege zur Akkordarbeit gezwungen werden. Die Durchführung des Tarifs bei den unorganisierten Unternehmern müssen die Kollegen erzwingen. Wir haben ein tarifliches Recht, in die Ausbildung der Lehrlinge einzugreifen.

Kollege Dürr, München: Die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit muß vorangehen. Das ist in der letzten Zeit vernachlässigt worden. Wir haben die sittliche Pflicht, die Arbeitszeit im Interesse der Arbeitslosen zu verkürzen. Die Akkordarbeit muß abgelehnt werden. Die Arbeitsgemeinschaften sind die Rettungsanker des bankrotten Unternehmertums.

Kollege Kresler, Detmold: Mit der Tarifpolitik des Hauptvorstandes sind wir einverstanden.

Kollege Scheibel, Frankfurt schließt sich den Ausführungen Dürr, München an.

Kollege Teuscher, Leipzig: An die Stelle der gelben Gewerkschaften ist die Technische Nothilfe getreten, die noch gefährlicher ist. Das Prämiensystem und die Tarife sind abzulehnen.

Kollege Reiß, München: Die Arbeitsgemeinschaften sind Mittel zum Zwecke. Wir brauchen in den Gewerkschaften eine reale Wirtschaftspolitik. Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung muß vorangehen. Die Verkürzung der Arbeitszeit vermindert die Produktion nicht.

Nach der Mittagspause begründete Kollege Lynen, Düsseldorf die Notwendigkeit des Streiks in Düsseldorf im April dieses Jahres, für den der Verbandsvorstand die Streikunterstützung verweigerte. Die Düsseldorfer Kollegen haben die 45stündige Arbeitswoche erhalten und werden sie auch beibehalten.

Kollege Mttendorf, Braunschweig: Es ist den Kollegen unverständlich, daß in dem Steindruckerarif die Akkordarbeit aufgenommen wurde. Die Braunschweiger Chemigraphen haben sich den Düsseldorfer Kollegen angeschlossen.

Kollege Schatt, Nürnberg: Die Verhältnisse zwingen uns zu der Arbeitsgemeinschaft, ein Erfolg sind sie nicht.

Kollege Dürr, München: Die Photographen sind nun bei uns organisiert und müssen wir diesen die größtmögliche Unterstützung angedeihen lassen. Wir müssen Lohnforderungen stellen, damit unsre Ware nicht an das Ausland verschleudert wird.

Kollege Rees, Würzburg: Schon Städte mit 60000 Einwohnern müssen im Tarif mit 15 Prozent Zuschlag bedacht werden.

Kollege Albrecht, Berlin: Man kann Zentraltarife abschließen, ohne den Arbeitsgemeinschaften anzuhöhen. Die Zwangsorganisation lehrt sich ab. Es kann der Zeitpunkt kommen, wo wir die tariflich übernommenen Pflichten nicht erfüllen können.

Auf Antrag tritt Schluß der Debatte ein.

Kollege Haß, Berlin hat das Schlußwort: Es kann nicht gelehnet werden, daß die Streiks im Ausland den Eindruck der Unsicherheit hervorgerufen haben. In der Porträbranche wird das Gesetz über das neue Arbeiterrecht dazu beitragen, den Weg zum Zentraltarif freizumachen. Die Annahme, daß durch eine Verkürzung der Arbeitszeit im Augenblick Arbeit slosse untergebracht werden ist eine irrig. Die starken Worte gegen den Verbandsvorstand sollten besser durch Vorschläge und Initiative ersetzt werden. Die Opposition soll nur nicht glauben, daß sie mit der Zusammenbruchstheorie dem Kapital den Todesstoß versetzen kann. Gegen die Arbeitsgemeinschaften wird mit denselben Einwänden gekämpft wie seinerzeit gegen die Tarifgemeinschaften.

Eine Resolution des Hauptvorstandes, die den Abschluß der Zentraltarife billigt und den Hauptvorstand beauftragt, die abgeschlossenen Zentraltarife zu einem Einheitstarif zusammenzufassen und außerdem mit dem anzustrebenden graphischen Industrieverband auf den Abschluß eines Rahmen tarifs für das graphische Gewerbe hinzuwirken, wird gegen zwei Stimmen angenommen. Weiter wird eine Resolution über die Einrichtung von Fachschulen für Lehrlinge angenommen.

Es folgt Punkt 4: Neuordnung des Statuts: In einstufiger Rede begründet Kollege Lange die Vorlage des Hauptvorstandes und geht auf die 216 in der Vorlage enthaltenen Anträge ein, zu denen

noch ca. 60 Dringlichkeitsanträge gestellt sind. Der Hauptvorstand habe diese schweren Fragen eingehend geprüft und berechnet, er habe in der Graphischen Presse seine Vorlage begründet und noch eine 64seitige Denkschrift zur Umwandlung der Invaliden- und Witwenunterstützung herausgegeben. Auf dieser Generalversammlung müssen wir unser Statut auf eine gesunde Grundlage stellen und ganze Arbeit machen. Nach den Gefühlen dürfen wir uns nicht mehr leiden lassen, das haben unsere Vorfahren leider immer getan, wodurch wir so elend Schiffbruch gelitten haben. Im neuen Statut müssen wir den gewerkschaftlichen Standpunkt in den Vordergrund stellen, dabei wollen wir aber auch humanitäre Unterstützungen, wie Kranken- und Invalidenunterstützung sowie Sterbegelder auszahlen. Die Witwen sollen an Stelle einer wöchentlichen Unterstützung beim Ableben ihres Ehemannes außer dem Sterbegeld von 100 Mk. noch eine Witwenunterstützung von 300—500 Mk. erhalten. — Als wöchentlicher Beitrag soll in Zukunft 2 Mk. erhoben werden, und dadurch haben wir entsprechend der prozentualen Beitragserhöhung auch alle Unterstützungen erhöht. Lange erklärt die vom Hauptvorstand erhöhten Unterstützungen und wünscht, daß der Verbandstag ein neues Statut schaffen möge, das zum Segen des Verbandes und seiner Mitglieder gereichen möge.

Die Generaldiskussion wird auf Sonnabend früh verlagert.

Vierter Verhandlungstag.

In der Diskussion über die Neuordnung des Statuts sprachen die Kollegen Wurtzel, Hamburg, Rebholz, Köln, Peter, Hannover, Näher, Leipzig, Ulrich, Hamburg, van Dyk, Hamburg, Hensel, Frankfurt a. M., Pritschow, Dresden und andere. Es wird beschlossen, die Staffelleistungen abzulehnen und die 26 wöchige Karenzzeit aufzuheben. Der Antrag Hamburg auf Liquidierung der Invaliden- und Witwenkasse wird abgelehnt; es wird beschlossen, die Unterstützung bis zum Lebensende zu gewähren. Es wird eine Statutberatungskommission gewählt, die nach diesen Richtlinien das Statut beraten.

Zum nächsten Punkt: »Unsre Aufgaben in der neuen Zeit spricht Kollege Haß, Berlin: Die Revolution hat die Aufgaben vergrößert. Die Gewerkschaften stehen noch heute auf dem Boden des Klassenkampfes. Zur Führung dieses Kampfes müssen die Gewerkschaften erhalten bleiben. Der Kampf geht jetzt um Mitwirkung und Mitbestimmung, um die Betriebsdemokratie. Die Tarifpolitik war ein Schritt dazu. Die einzelnen Gewerkschaften müssen sich zum graphischen Industrieverband zusammenschließen, um die Kampfkraft zu stärken. Jetzt liegen die Satzungen des Graphischen Bundes vor, die die Grundlage zum gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten bilden sollen. Die Satzungen des Graphischen Bundes sind die Richtlinien für die Zusammenarbeit der örtlichen graphischen Verwaltungen. Es werden jetzt die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit und die Forderung einer Teuerungszulage für das gesamte graphische Gewerbe gemeinsam vertreten werden müssen. Bei dem Entwurf des Betriebsrätegesetzes wäre es besser gewesen, wenn die Regierung großzügiger gehandelt hätte. Jede Forderung der Arbeiter, die darauf hinzielt, die Rechte der Betriebsräte zu erweitern, werden die Gewerkschaften unterstützen. Die Betriebsräte dürfen jedoch nicht die Grundlage zu neuen Organisationen bilden, wie es die Vertreter des graphischen Blockes wollen. Diese Leute lassen sich von rein parteipolitischen Interessen leiten. Sie haben sich meistens nie mit Gewerkschaftspolitik beschäftigt. Die Betriebsorganisation wie bei der Filmgewerkschaft wünschen wir nicht. Die »Metalarbeiter-Zeitung« ist nach der Neuwahl rein politisch geworden. Die Weiterführung dieser Taktik führt zur Zerstörung selbst der größten Gewerkschaften. Wir müssen daran arbeiten, die Arbeiter von Trugbildern zu befreien.

Kollege Albrecht, Berlin führt als Korreferent aus: Wir fordern den Umbau der Gewerkschaften zu kampfkraftigen Industrieorganisationen. Der Weg des Verbandsvorstandes ist zu schwierig. Die Bildung des Graphischen Bundes ist ein Angstprodukt der Verbandsvorstände. Wir brauchen Massenorganisationen. Eine Betriebsdemokratie bringt uns das Rätegesetz nicht. Die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in allen Fragen ist notwendig. Die Arbeiter müssen in der Mitarbeit reif werden. Wir fordern das weitgehende Mitbestimmungsrecht für die Mitglieder, das jetzt durch die Verbandsbeamten beschnitten wird. Dem Rätegedanken müssen wir das Gute abgewinnen. Der Graphische Block hat den Gedanken des Industrieverbandes indirekt gefördert. Wir wollen keine Zersplitterung der Gewerkschaften, aber die Ausdehnung der Rechte der Mitglieder. (Beifall.)

Genosse Seitz, Buchdrucker: Beide Vorredner wollen im Endziel dasselbe. In diesen unruhigen Zeiten müssen wir langsam und mit Bedacht arbeiten. Von dem Graphischen Bund werden wir ganz von selbst in den graphischen Industrieverband hineinwachsen. Ein Angstprodukt ist er durchaus nicht. An der Mitarbeit der Buchdrucker soll es nicht fehlen. Die Arbeitszeitverkürzung werden auch wir fordern. (Bravo!)

Genosse Pucher, Hilfsarbeiter: Die Hilfsarbeiter sind so gewachsen, daß sie jetzt im Graphischen Bunde mitarbeiten können. Den Zusammenhalt

der graphischen Arbeiter müssen wir auch in den einzelnen Betrieben fördern. (Beifall.)

Genosse Luther, Buchbinder: Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkennen auch wir an. Die heutigen Verhandlungen geben mir die Zuversicht, daß wir auf dem Wege dazu sind. Die Meinungsverschiedenheiten werden sich mehr und mehr ausgleichen.

Nach der Mittagspause spricht Kollege Friedel, Leipzig: Die Betriebsräte brauchen starke Gewerkschaften. Der Zusammenschluß zum graphischen Industrieverband wird notwendig werden.

Kollege Wolf, Berlin: Der Graphische Bund erfüllt unsre Erwartungen nicht ganz. Das Betriebsrätegesetz kann uns nicht befriedigen. Wir müssen die Arbeiter für ihre Aufgaben heranbilden.

Kollege Dürr, München: Der Industrieverband muß von unten herauswachsen. Die Betriebsräte können ihn vorbereiten. Der Bildungsdrang kommt, wenn die Kollegen vor neue Aufgaben gestellt werden. Die Betriebsräte und Gewerkschaften müssen Hand in Hand arbeiten.

Kollege Lohstamper, Magdeburg: Ein Teil der Buchdrucker wehrt sich noch gegen den Zusammenschluß. Den »Graphischen Block« müssen wir verwerten, weil seine Bestrebungen zur Zersplitterung führen. Ein weitergehendes Betriebsgesetz könnte nicht durchgeführt werden, weil die Arbeiter noch nicht vorgebildet dazu sind.

Kollege Adlerstein, München: Das Proletariat ist jede Stunde zur Einführung des Sozialismus reif.

Kollege Mündle, Berlin: Selbst Arbeiterführer vertreten die Ansicht, daß das Betriebsrätegesetz bis an die Grenze des Möglichen geht. Wir brauchen die Geschlossenheit der Arbeiterschaft.

Kollege Landa, Berlin: Wir leben in einer sozialen Revolution. Sie kann sich nicht in den Bahnen der Gesetzmäßigkeit und Ordnung bewegen. Die Bolschewisten haben den Sozialismus eingeführt. Der Hauptvorstand muß mehr Wert auf die Ausbildung der Mitglieder legen.

Kollege Ronnger, Berlin: Die Einheit der Organisation und der Aktion ist das wichtigste. Der Industrieverband muß kommen, die Betriebsräte müssen dahin wirken.

Genosse Knoll, Berlin, Generalkommission: Die Generalkommission wollte den Zusammenbruch während des Krieges verhindern und hat sich darum gegen die Streike gewandt. Wir wußten schon 1917, daß England niemals eine Verständigung wollte. Der Streit um die Frage des Räte systems und der Sozialisierung ist Politik im luftleeren Raume. Wir sind völlig abhängig vom Entente kapital. Die Wahlen in Frankreich beweisen den Sieg des Kapitals. In Italien ist der Erfolg der Sozialisten der Ausdruck der Unzufriedenheit. Italien kann uns wegen seiner Abhängigkeit von den Weststaaten nicht helfen. Der Friedensvertrag ist ein Friedensvertrag gegen den deutschen Sozialismus. Die Arbeitskonferenz in Washington war eine Ächtung der deutschen Sozialdemokratie. Man hat dort zwar unsere Zulassung beschlossen, aber man gab der deutschen Delegation nicht die Möglichkeit zur Überfahrt. Die Haltung der Entente beweist uns am besten, daß die Errungenschaften der Revolution nicht von der Hand zu weisen sind. Die Arbeiterschaft darf sich nicht mehr zerfleischen, wenn sie die Errungenschaften der Revolution erhalten will (Lebh. Beifall.)

Kollege Reiß, München: Die Zeit gebietet die Zusammenfassung aller graphischen Berufe; die Erreichung des Zieles wird von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Wir können in Deutschland nicht sozialisieren, wenn es nicht international geschieht. Die Betriebsorganisation müssen wir ablehnen.

Auf Antrag tritt Schluß der Debatte ein.

Fünfter Verhandlungstag.

Zum Schlußwort erhält als erster Kollege Albrecht, Berlin, das Wort: Wir können den Graphischen Bund nicht als ersten Schritt zum Graphischen Industrieverband ansehen. Der Verbandstag muß die vorliegenden Satzungen des Bundes verworfen und den Vorstand beauftragen, neue Verhandlungen zur Bildung des Industrieverbandes in die Wege zu leiten. Die deutsche Revolution war ein Zusammenbruch des Alten. Die Einberufung der Nationalversammlung war eine reaktionäre Tat. Wenn alle Arbeitslosen eingestellt werden, wird sich die Produktion genügend heben. Die Wahlen in Frankreich lassen sich erst beurteilen, wenn die Stimmzettel vorliegen. Das Betriebsrätegesetz muß ausgebaut werden bis zum äußersten, damit der Sabotage der Unternehmer entgegen gewirkt werden kann.

Kollege Haß, Berlin: Zwischen dem Korreferat und dem Schlußwort des Kollegen Albrecht liegt ein wesentlicher Unterschied. Er hat alle politischen Gegensätze hervorgekehrt. Die Resolution Albrecht können wir nicht annehmen. Sie will die Anerkennung des Graphischen Blocks. Uns genügt der Graphische Bund auch nicht. Wir haben aber erreicht, daß in absehbarer Zeit im gesamten graphischen Gewerbe eine gemeinsame Gewerkschaftspolitik getrieben wird. Wenn wir den Graphischen Bund verworfen, stehen wir vor dem Nichts. Die Arbeiterschaft muß zum Kampf erzogen werden. Lenin hat selbst in Rußland das kapitalistische System wieder einführen müssen. Die Betriebsräte können sehr wohl die Betriebs-

demokratie durchführen, die den Sozialismus vorbereitet. Unsere sozialistischen Theoretiker vertreten immer die Ansicht, daß das Proletariat bei Übernahme der Macht auf vieles verzichten muß, wenn es den Sozialismus erhalten will. Selbst Haase, Dittmann und Barth haben einen solchen Aufruf am 15. Dezember v. Js. mit unterzeichnet, in dem das Proletariat zur Rettung der Republik durch Arbeit aufgefordert wird. Wir müssen uns überall weiter bilden und in Versammlungen durch Meinungsaustausch die Absichten klären.

Genosse Knoll: Gegen die Unternehmersabotage sind Vorkehrungen getroffen. Es ist unverständlich, daß die Gewerkschaften sich noch so wenig mit der Frage: Friedensvertrag und Arbeiterklasse beschäftigen. Redner weist dann nach, daß die Erfüllung des Friedensvertrages die Errungenschaften der Revolution ernstlich gefährden würde. Nur eine einige und geschlossene Arbeiterschaft kann das Ärgste verhindern.

Eine Resolution des Kollegen Albrecht, Berlin, wird gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Resolution des Vorstandes fordert den Zusammenschluß der Gewerkschaften zu Industrieverbänden und erklärt, daß der Verbandstag die Bildung des Graphischen Bundes nur als ersten Schritt dazu billigen kann. Weiter wird gefordert, daß die Betriebsräte weitgehende gesetzliche Rechte zur Durchführung der Betriebsdemokratie erhalten und daß der Vorstand für die als Betriebs- oder Arbeiterräte tätigen Kollegen Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen soll. Diese Resolution wird mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Kollege Hänlein, Berlin, spricht über »Die Internationale und unsere Stellung«. Der Krieg hatte die Internationale unserer Organisation zum Zusammenbruch gebracht. Das internationale Gewerkschaftsbüro wurde während des Krieges nach Amsterdam verlegt, die Organisationen der Ententeländer schufen später in Paris ein gesondertes Büro. Während des Krieges fanden verschiedene Konferenzen statt, die sich mit den Arbeiterforderungen bei den Friedensverhandlungen beschäftigten. Auf die Anregung verschiedener Länder wird vom 13. bis 15. Mai in Bern eine internationale Konferenz stattfinden. Als Sekretär des internationalen Büros war der Kollege Sillier tätig, dem für seine erfolgreiche Arbeit Dank gebührt. Die internationale Arbeiterschaft muß sich in der gewerkschaftlichen Internationale zusammenfinden zur Versöhnung. Die Preispolitik müssen wir künftig international behandeln. Der internationale Austausch der Erfahrungen, Nachrichten und Meinungen muß wieder intensiver werden. Während des Krieges waren die englischen Kollegen zum Teil freundlich, während das von den belgischen und französischen nicht gesagt werden kann. Die internationale Konferenz wird den Sitz des Sekretariats und die Richtlinien für die zukünftige Arbeit festzulegen haben. Die Wiederaufnahme des internationalen Auskunfts wesens wird sich erst nach und nach durchführen lassen. Es ist dringend zu wünschen, daß der internationale Kongreß die Erstarkung des Versöhnungsgedankens zum Ausdruck bringt und neue Zukunftsarbeit leistet.

Kollege Reibold, Köln: Die Ausführungen des Genossen Knoll über den Friedensvertrag können wir verstehen, denn wir fühlen im besetzten Gebiet die Härte des Siegers. Die Besatzungsbehörden hindern uns an der Ausübung unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit. Dabei verfahren die Engländer und Amerikaner noch nachsichtiger als die Franzosen und Belgier. Wir brauchen die Internationale!

Kollege van Dyk, Hamburg: Die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen wird schwierige Arbeit erfordern. Die deutsche Arbeiterschaft muß dabei vom Ausland unterstützt werden. Unsere ausländischen Kollegen müßten auch auf Milderung des Friedensvertrages hinwirken.

Kollege Herbst, Leipzig: Unsere ausländischen Kollegen müssen wir jetzt unterstützen, indem wir der Verschleuderung der deutschen Waren ins Ausland entgegenwirken. Das internationale Auskunfts wesen müssen wir mehr ausgestalten und regelmäßig über die Verhältnisse im Ausland berichten.

Genosse Knoll, Berlin: Die Lebensverhältnisse in Finnland sind äußerst teuer.

Kollege Wurtzel, Hamburg: Die Verbindung mit der dänischen Organisation muß besser werden.

Kollege Sillier, Berlin: Der neue Zusammenschluß der Internationale ist eine dringende Notwendigkeit geworden. Das Sekretariat muß in ein neutrales Land verlegt werden. Zum internationalen Kongreß sollen sämtliche Länder eingeladen werden.

Kollege Rölofs, Holland: Unser Beruf muß die internationalen Beziehungen vor allem aufnehmen. Die deutschen Kollegen werden von den holländischen Kollegen auch finanziell unterstützt werden. (Bravo!) Deutschland muß auch in Zukunft der Sitz der Internationale bleiben, denn Deutschland wird in unserem Beruf die führende Stellung wieder einnehmen.

Das Schlußwort hat Kollege Hänlein, Berlin: Bisher konnten wir die Berichte über die internationalen Verhältnisse über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wegen der unsicheren Weltlage nicht

zusammenstellen. Dem Kollegen Rölofs danken wir für die uns zugesagte Unterstützung. Wenn ein solcher Geist die ausländischen Bruderorganisationen beherrscht, dann brauchen wir um die Zukunft nicht bange zu sein.

Eine Resolution, die die Freigabe der in Frankreich befindlichen Gefangenen fordert und die internationale Arbeiterschaft zur Unterstützung dieses Befreiungswerkes aufruft, wird einstimmig angenommen. Zum internationalen Kongreß wird der Verband zwei Vertreter delegieren.

Nach der Mittagspause tritt der Verbandstag in eine längere Aussprache über die Neuansetzung von Verbandsbeamten ein, an der sich eine große Anzahl der Delegierten beteiligen. Es wird beschlossen, für Leipzig einen Beamten einzustellen. Der Hauptvorstand wird durch zwei Beamte verstärkt. Für die Gaue Frankfurt a. M. und Nürnberg wird je ein Gaubeamter angestellt. Die Gehaltssätze der Verbandsbeamten werden neu geregelt. Die Verhandlungen werden darauf am Montag früh vertagt.

Sechster Verhandlungstag.

Die Statutenberatungskommission hat nach 16stündigen Beratungen ihre Vorarbeiten erledigt und ist in der Lage, zu Beginn des sechsten Verhandlungstages Bericht zu erstatten. In die Berichterstattung teilen sich die Kollegen Ernst Herbst, Leipzig, Ulrich, Hamburg und Christof, München.

Kollege Herbst machte auf die vielen widersprechenden Anträge (insgesamt 216 ohne die 60 Dringlichkeitsanträge) aufmerksam und betonte, daß noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten sei. Mit der Annahme des Wochenbeitrags von zwei Mark war auch die Zustimmung zu einem Krankengeld von wöchentlich neun Mark gegeben.

Die Generalversammlung beschränkt sich bis auf wenige besonders wichtige Fragen darauf, den Vorschlägen der Kommission zu folgen.

Das Eintrittsgeld beträgt die Höhe eines Wochenbeitrags. Der Beitragserhöhung auf 2 Mk. für männliche und 1,20 Mk. für weibliche Mitglieder wurde zugestimmt. Bei Streik- und Aussperrungsunterstützung wurde der Antrag des Hauptvorstandes ohne Karrenzzeit angenommen und soll nur im Protokoll Aufnahme finden. Dem Antrag des Gaus XI und München wurde zugestimmt, wonach die Höhe der Streikunterstützung durch Verbandsvorstand und Gauvorstände von Fall zu Fall festzulegen ist. Die Umzugsunterstützung wurde erhöht. Für die Reiseunterstützung gelten dieselben Sätze je nach Beitragsleistung wie bei der Arbeitslosenunterstützung und zwar pro Kilometer Luftlinie 5 Pfg. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ebenfalls erhöht. Die Staffellage beträgt nach der Höhe der bezahlten Beiträge 108—324 Mk. und zwar wöchentlich 18 Mk. Bei Krankenunterstützung fand ebenfalls der Antrag des Verbandsvorstandes Annahme und zwar wird in Zukunft wöchentlich 9 Mk. gezahlt bis zur Höhe von 468 Mk. Bei Invalidenunterstützung wurde dem Antrag des Verbandsvorstandes zugestimmt, wöchentlich 5, 6 oder 7 Mk., je nach Höhe der gezahlten Beiträge für die Dauer der Invalidität bzw. bis zum Tod. Die wöchentliche Witwenunterstützung wurde abgelöst. Die Witwen erhalten je nach dem Beträgen des verstorbenen Mitgliedes außer dem Sterbegeld von 100 Mk., sofort noch eine Unterstützung im Betrage von 300, 500 oder 700 Mk.

Die Generalversammlung stimmte der Einfügung der Betriebsräte als Organe der Verbandsverwaltung zu. Bei Arbeitsnachweis wurde bestimmt, das ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises eine Stellung nicht angetreten werden darf. Für die Lehrlingsabteilung wurde ein Beitrag von 20 Pfg. festgesetzt.

Die Beitragserhöhung tritt am 1. Januar 1920, die neuen Unterstützungsätze am 1. April 1920 in Kraft.

In der Schlußabstimmung wird die veränderte Fassung des Statuts einstimmig gutgeheißen.

Darauf wird in der Beratung der allgemeinen Anträge fortgefahren.

Durch den Wegfall der abgetrennten Gebiete wird die Neueinteilung der Gaue zur dringenden Notwendigkeit. Der Einteilung in 10 Gaue statt bisher 12 wurde zugestimmt. Darauf werden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Siebenter Verhandlungstag.

Es werden zunächst noch einige allgemeine Anträge beraten. Ein Antrag, den einzelnen Zahlstellen die Wahl der Jugendschriften selbst zu überlassen, wird abgelehnt. Jedoch bleibt es den Zahlstellen überlassen, neben der vom Verbandsvorstand gelieferten Arbeiterjugend noch eine andere Jugendschrift zu halten. Hierauf wird der Anschluß des Unterstützungsvereins Senefelder besprochen und die bereits getroffenen Vereinbarungen vom 12. Juli ds. Jahres als geeignete Grundlage hierzu angesehen.

Der Sitz des Verbandsvorstandes und der Redaktion bleibt Berlin, der Zentralausschuß wird nach Hamburg verlegt, die Preßkommission hat ihren Sitz in Zukunft in München. Bei der Neuwahl der Verbandsangestellten wird zum Verbandsvorsitzenden Kollege Haß, zum Hauptkassierer Kollege Brall, zu Sekretären die Kollegen Lange, Herbst und Hänlein gewählt. Als Redakteur wird Kollege (Fortsetzung in der Beilage.)

Ronnger, Leipzig gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Nürnberg stattfinden. Der bisherige Verbandsvorsitzende Kollege Sillier gibt einen kurzen Rückblick über die kampfreiche Verbandsgeschichte und hofft, daß trotz der politischen Meinungskämpfe eine geschlossene Front der Gewerkschaften erhalten bleiben möge. Die Versammlung ehrt die segensreiche Tätigkeit des Kollegen Sillier durch starken Beifall.

Kollege Wyk, Stockholm, gibt seiner Freude Ausdruck, daß es ihm vergönnt war, den Verhandlungen beizuwohnen und wünscht der deutschen Kollegenschaft, daß ihr alle hier gefaßten Beschlüsse zum Segen reichen mögen. Die schwedischen Kollegen verfolgen alle Vorgänge in Deutschland mit großem Interesse. Es ist dort gelungen, fast alle Berufskollegen zu organisieren. Er hofft, daß für die gesamte Arbeiterschaft bald wieder eine bessere Zeit anbrechen möge.

Nach Erstattung des Dankes an die Leitung des Verbandstages verweist der Vorsitzende Kollege Eichenmüller, Nürnberg, auf den guten Verlauf des Verbandstages. Wenn auch manchmal die Meinungen hart aufeinander geplatzt sind, so galt es doch nur, dem Wohle der Kollegenschaft zu dienen. Wenn auch bei den Diskussionen der gewerkschaftlichen Fragen der politische Unterton mit gesprochen hat, so soll das als Zeichen dafür genommen werden, daß neben der gewerkschaftlichen Schulung auch die politische gehen soll zur Erreichung eines klaren politischen Urteils. Wenn der Gewerkschaftskongreß in Nürnberg die politische Neutralität der Gewerkschaften ausgesprochen hat, so nur zu dem Zwecke, allen Richtungen der politisch proletarischen Organisation die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Einheitsorganisation zu geben. Mit den Worten von Karl Marx: »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch«, schließt der Vorsitzende unter allgemeinem Beifall den Verbandstag.

Gautag in Hannover.



Am 12. Oktober fand in Hannover der erste Gautag des Gaues Hamburg, Hannover, Bremen nach dem Kriege statt. Vertreten waren zehn Zahlstellen durch fünfzehn Kollegen. Außerdem waren anwesend als Vertreter des Hauptvorstandes: Kollege Wolf, als Gauleiter der Kollege Ulrich.

Kollege Peter, Hannover begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Wahl des Bureaus ergibt Kollegen Mittendorf, Braunschweig als Vorsitzenden, Kollegen van Dijk, Hamburg als Schriftführer.

Kollege Mittendorf verliest zunächst folgende Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes und der Mitgliedschaften.
2. Unsere Generalversammlung und Beratung der Anträge dazu. Referent Kollege Ulrich.
3. Stellungnahme zum graphischen Industrieverband. Referent Kollege Wurtzel, Hamburg.
4. Die künftige Ausbildung unserer Lehrlinge. Referent Kollege van Dijk, Hamburg.
5. Agitation unter den Porträtphotographen. Referent Kollege Ulrich, Hamburg.
6. Festsitzung des Ortes für den nächsten Gautag.
7. Verschiedenes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung ergreift der Gauleiter, Kollege Ulrich, das Wort. Seinen Ausführungen sowie dem in Druck den Teilnehmern vorliegenden Bericht sei folgendes entnommen: Unser Beruf sei schon vor dem Kriege durch wiederholte Krisenerscheinungen stark erschüttert worden, insbesondere durch die gehemmte Ausfuhr unserer Erzeugnisse. Umsomehr stand unser Verband vor der Gefahr eines völligen Zusammenbruchs, als der Krieg über uns hereinbrach und Kopflosigkeit Trumpf war in allen Schichten, sowohl der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Es war klar, daß bei der enormen Arbeitslosigkeit, welche in den ersten Kriegswochen einsetzte, die Beibehaltung der normalen Unterstützungssätze ein Ding der Unmöglichkeit war. War doch bei unseren Kassenverhältnissen die Möglichkeit der Leistung nur durch die Stetigkeit der Einnahmen gesichert, sodaß, wo letzteres aufhörte, auch automatisch das erste ausgeschaltet wurde. So war, was vielen Kollegen in diesen Tagen als ein Verbrechen an der Kollegenschaft erschien, in Wirklichkeit nur eine Maßnahme zur Rettung des Verbandes und seiner Einrichtungen. Glücklicherweise verhallte der Appell an die Einsicht der Kollegen nicht ungehört und so gelang es uns über die schicksalsschwere Zeit hinwegzukommen. Nach und nach bewies sich die Stabilität des deutschen Wirtschaftslebens als stark genug, auch über diese Krisis hinwegzukommen, der Unternehmungsgeist der Unternehmer hob sich wieder und so setzte allmählich eine Gesundung wieder ein.

Eine wichtige Frage der organisierten Arbeiterschaft, die Arbeitslosenfürsorge, wurde bei Ausbruch des Krieges akut. Was jahrelange Forderungen nicht hatten zustande bringen können, brachte nun der Weltkrieg mit einem Schlag zur Wirklichkeit, allerdings nicht in der Form wie wir es wünschten. Denn die Frage der Arbeitslosenfürsorge muß einheitlich und staatlich erfaßt und geregelt werden. Nur einige Städte zahlen eine, den Verhältnissen entsprechende Unterstützung. Jedoch, der Anfang ist gemacht, an uns liegt es nun,

diesen ganzen Fragenkomplex in die richtigen Bahnen zu lenken.

Der Referent würdigt eingehend die schwierigen Verhältnisse während der Kriegszeit, unter denen die Verbandstätigkeit im Gau leiden mußte und gedenkt dabei auch des gefallenen Gauvorstandsmitglied Ernst Kühn, dem ein ehrendes Andenken bewahrt sei.

In der jüngsten Zeit stand die Tarifbewegung im Steinrudgewerbe im Mittelpunkt des Interesses. Der Abschluß dieses Tarifes fand fast allgemein die Zustimmung der Kollegen. Kollege Ulrich streift dann das enorme Anwachsen der Gewerkschaften nach der Revolution und die Notwendigkeit, die herbeiströmenden bisher indifferenten Elemente zu tüchtigen Mitkämpfern zu erziehen. Die Zahlstelle Hamburg sei durch diesen Zustrom auf 674 Mitglieder gestiegen.

Scharf kritisiert wurde in dem mündlichen Bericht noch das Vorgehen der Hildesheimer Formstecher und insbesondere die Inszenierung eines Streikes über die Köpfe des Gauvorstandes hinweg. Auch das eigenmächtige Vorgehen der Zentralkommission der Formstecher wurde scharf zurückgewiesen und verlangt, daß in Zukunft unbedingt der Gauvorstand mit zu Rate gezogen werde.

Es wurde dies von allen Teilnehmern des Gaulages, auch der Hildesheimer Vertreter, einstimmig unterstützt; auch der Vertreter des Hauptvorstandes schloß sich den Auffassungen des Gauvorstandes an. Zum Schluß gab Kollege Ulrich noch den Abschluß einiger Photographentarife bekannt, woraus ebenfalls hervorging, daß es hier ratsam wäre, keinen Tarif ohne Hinzuziehung des Gauvorstandes abzuschließen. In der weiteren Diskussion wurde die schon erheblich zutage getretene Interesselosigkeit vieler Kollegen zur Sprache gebracht und dabei auf die schroffe Haltung einzelner Unternehmer bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse hingewiesen. Es kam jedoch einhellig zum Ausdruck, daß alle diese Erscheinungen uns nur bestärken können in dem Bestreben, emsig und einmütig an der Verbesserung unserer beruflichen Lage weiter zu arbeiten und vor allem alles daran zu setzen, die Interesselosigkeit der Kollegen zu überwinden, womit die lebhafteste Aussprache über den ersten Punkt der Tagesordnung beendet wurde.

Zu Punkt zwei der Tagesordnung ergreift ebenfalls zunächst der Gauleiter das Wort, um zu den einzelnen Anträgen zu sprechen, welche von den Hamburger Kollegen zur Generalversammlung gestellt sind. Er verwirft die Staffelung der Beiträge und bekämpft die Witwenunterstützung. Überhaupt seien unsere gewerkschaftlichen Unterstützungen wenn nötig auf Kosten eventueller anderer Unterstützungen auszubauen. Auf den wichtigsten Hamburger Antrag, Aufhebung der Invalidenunterstützung, eingehend, beleuchtete er diesen Antrag von beiden Gesichtspunkten. — Die einsetzende Diskussion zeigte, daß der Antrag Hamburg auf Aufhebung der Invalidenkasse von sämtlichen Hamburger Delegierten energisch befürwortet wurde, denen sich die Vertreter von Bremen und Lübeck anschlossen. Dem setzten sich eben so energisch die Vertreter von Hannover und Mittendorf, Braunschweig entgegen. Zur Verteidigung wurde von den Antragstellern ausgeführt, daß diese ganze Unterstützungsfrage in erster Linie eine Staatsfrage sei. Es sei unsere Aufgabe, nach der Revolution energisch darauf zu drängen, daß diese halben oder ungenügenden Unterstützungen durch eine genügende staatliche ersetzt würde. Auch bestritten sie, daß bei der vorgeschlagenen Regelung eine Gesundung möglich wäre, da wir mit einem großen Zuwachs an Invaliden zu rechnen hätten. Eine Härte der alten Kollegen gegenüber sollte dadurch ausgeglichen werden, daß der Fond, welcher selbstverständlich wieder hergestellt werden muß, seinen ursprünglichen Zwecken wieder dienstbar gemacht werden sollte. Zu erwägen wäre eine Erhöhung des Sterbegeldes als Äquivalent für die aufgehobene Invalidenunterstützung. Hervorgehoben wurde noch, daß es seinerzeit, als die Volksfürsorge ins Leben gerufen wurde, angebracht gewesen wäre, überall dort, wo Invalidenkassen in den Gewerkschaften bestanden, dieselben zu liquidieren, da von dem Moment an die organisierten Arbeiter es unternommen hatten, auf gemeinschaftlicher Basis und auf gesunden Grundlagen die Altersversicherung in die Hand zu nehmen. Über kurz oder lang würden auch andere Gewerkschaften durch Beispiele folgen müssen.

Von den Gegnern wurde als Hauptmoment das ungerechte und unkollegiale, insbesondere den alten Kollegen gegenüber, angeführt. Wir hätten kein Recht, ein einmal gegebenes Versprechen einfach ohne weiteres illusorisch zu machen. Auch fürchteten die Kollegen, daß uns dadurch sehr viele Kollegen abspringen würden und daher anstatt eine Stärkung, eine Schwächung eintreten würde. Von beiden Seiten, von Hamburg und von Hannover, wurde der Versammlung eine Resolution vorgelegt und nach reiflicher Aussprache über dieselben abgestimmt. Mit sieben gegen fünf Stimmen wurde damit der Hamburger Antrag angenommen. Dieselbe lautet:

»Die am 12. Oktober 1919 auf dem Gautag in Hannover anwesenden Delegierten stimmen dem Antrag der Zahlstelle Hamburg auf Abschaffung der Invalidenunterstützung mit den von Hamburg gestellten Ausführungsbestimmungen zu.«

Unter Punkt zwei wurde alsdann noch ausführlich über eine Anregung der Hannoverischen Kollegen diskutiert, welche befürwortete, die Kriegszeit den Kriegsteilnehmern als Karenzzeit anzurechnen. Sowohl vom Kollegen Ulrich wie vom Kollegen Wolf wurde das rednerisch als unmöglich hingestellt. Auch eine Anregung, solche Kollegen, welche wegen Beitragsresten gestrichen sind, ohne weiteres wieder in ihre alten Rechte eintreten zu lassen, wurde zurückgewiesen.

Zu Punkt drei referierte alsdann Kollege Wurtzel, Hamburg. Nachdem der Referent eingehend alle die früheren erfolglosen Bemühungen zur Schaffung einer graphischen Union geschildert hatte, meint er doch, jetzt konstatieren zu können, daß ein bedeutender Umschwung bei den bisherigen Gegnern eines Graphischen Industrieverbandes eingetreten sei. Die Würzburger Tagung, wo auch unser Hauptverbandsmitglied, Kollege Haß, anwesend war, die Haltung des Korrespondenten, die Verwahrung der Buchdrucker dagegen, daß sie schuld an der Verzögerung der Einigung gewesen seien, dies alles wies darauf hin, daß die Frage sprudreif geworden sei. Wie notwendig eine Einigung wäre, schilderte Redner an der Hand der letzten Lohnbewegungen; schon um dessentwillen alleine wäre die Verschmelzung eine eiserne Notwendigkeit. Es sei nunmehr unsere Aufgabe, auf der kommenden Generalversammlung einig und geschlossen vorzugehen und mit keinen papierernen Resolutionen uns mehr abspeisen zu lassen. Von den zu unternehmenden Schritten seien die Kollegen fortwährend zu unterrichten; in dieser Beziehung hätte auch unsere Graphische Presse gestündigt, indem sie nicht wiederholt und ohne Unterbrechung dieses Thema behandelt hätte. Vor dem Graphischen Block, welcher auch in Hamburg versucht hätte, Dumme zu fangen, warnt er eindringlich; unsere Aufgabe sei es, nicht außerhalb, sondern innerhalb unserer bewährten Organisationen zur Einigung zu kommen.

Nach lebhafter Aussprache stellt sich der Gautag einhellig auf den Standpunkt des Referenten. Einstimmig wurde beschlossen, folgende Resolution der Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen: »Die Magdeburger Generalversammlung erklärt, daß die Vereinigung der einzelnen Berufsorganisationen zu Industrievereinen Notwendigkeit geworden ist und demzufolge auch die Schaffung eines Graphischen Industrieverbandes mit gleichen Mitteln forciert werden soll. Sie beauftragt daher den Hauptvorstand, sich in diesem Sinne zu betätigen, insbesondere eine Aussprache mit den Vorständen der übrigen graphischen Verbände herbeizuführen und über das Ergebnis derselben den Mitgliedern unverzüglich Kenntnis zu geben.«

Zu Punkt vier referiert Kollege van Dyk, Hamburg. Er schildert die vollkommene Unzulänglichkeit der vergangenen und heutigen Ausbildung der Jugend spez. mit Bezug auf die fachliche Ausbildung. Wollen wir eine wirkliche Gesundung in dieser Beziehung erreichen, so muß mit dem bisherigen System endgültig gebrochen werden. Wir dürfen und können uns den Luxus nicht mehr leisten, die Heranbildung von tüchtigen Arbeitern einem Zufälligkeitssystem zu überlassen. Referent schildert eingehend das Hamburger System der Schul-Elternräte, wo an jeder Schule ein Rat, bestehend aus ein Drittel der Lehrer und zwei Drittel der Eltern, mitratet und waltet über die Interessen ihrer Kinder. Weiter schildert er das Bestreben der vom Gewerkschaftskartell ins Leben gerufenen technischen Kommissionen, welche einen ersten, praktischen Schritt darstellten, die Menschheit fähig für den Sozialismus zu machen. Er erblickt in diesen Einrichtungen wertvolle Arbeitsfelder zur Verwirklichung seiner Ansichten. Der ganze fachtechnische Unterricht gehörte von Staatswegen erfaßt und geregelt zu werden. Er befürwortet daher den erweiterten Schulzwang bis zum 16. Lebensjahr, wovon zwei Jahre für direkten Fachunterricht benützt werden sollen. Auch diese Ausführungen fanden die allgemeine Zustimmung, obwohl an eine sofortige Verwirklichung Zweifel laut wurden. Einstimmig war die Auffassung, daß diese ganze Frage energisch angefaßt werden mußte. Der Auffassung des Referenten, daß auch hier mit Resolutionen alleine nichts getan sei, sondern planmäßig vorgegangen werden mußte, wurde zugestimmt und folgende Entschließung, ebenfalls mit dem Beschluß, dieselbe der Generalversammlung vorzulegen, einstimmig angenommen: »Die Magdeburger Generalversammlung erklärt, daß eine durchgreifende Umgestaltung des gesamten Lehrlingswesens eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wollen wir eine baldige Sozialisierung ernsthaft erstreben, so ist es unsere erste Aufgabe, die werdende Menschheit reifer für den Sozialismus zu machen. Darum gehört die Ausbildung der werdenden Arbeiterschaft nicht in die Hände Privatunternehmer allein gelegt, sondern diese ganze Frage gehört staatlich erfaßt und geregelt zu werden. Die Teilnehmer der Generalversammlung verpflichten sich, in dem Sinne in ihren Kreisen zu wirken und nicht nachzulassen, bis die Vorbedingungen für die Heranbildung einer tüchtigen, auf das Höchstmögliche ausgebildeten Nachkommenschaft gesichert sind. In dem Sinne schließt die Generalversammlung sich den Forderungen, aufgestellt in dem Artikel: »Zukünftige Ausbildung der Chemigraphenlehrlinge« in Nr. 36 und 37 der »Graphischen Presse«, voll und ganz an und verspricht für Erfüllung dieser Forderungen zu wirken.«

Zu Punkt sechs ergreift Kollege Ulrich das Wort und schildert ausführlich die schwierigen Verhältnisse bei der Agitation unter den Porträtphotographen. Selbst bei aufgeklärten Arbeitern mangelte vollkommen das Verständnis für z. B. das Schädliche der Heimarbeit. Er empfiehlt bei Abschluß von Tarifen überall den Organisationszwang mit hinzunehmen, um die Schmutzkonkurrenz und Heimarbeit energisch und erfolgreich zu bekämpfen. Im Hamburger Tarif war sogar ein Passus mit aufgenommen, wonach solche Kollegen, welche Heimarbeit leisten, sofort zu entlassen seien. — Referent geht noch eingehend auf die Frage der Tarifabschlüsse ein. Er tadelt es scharf, daß ohne Hinzuziehung des G. ues Tarife abgeschlossen seien und führt hier als belegendes Beispiel den Rostocker Tarif an, wo der unglaubliche Passus mit hineingekommen ist, daß der Ablauf des Tarifes am 31. Januar ist. Ein ungünstiger Zeitpunkt konnte wohl nicht gewählt werden. Aber hieraus ging hervor, wie not wendig es sei, erfahrenere Gewerkschafter bei den Tarifberatungen mit heranzuziehen. — In der Diskussion wurden die Vorwürfe des Gauleiters als vollkommen berechtigt anerkannt und versprochen, daß in Zukunft solches unterbleiben sollte. Ein Antrag von Kollegen Mittenlorf, Braunschweig auf Fesetzung der Beiträge der weiblichen Mitglieder auf 0,55 Mk., 0,45 Mk. und 0,35 Mk. und dafür Krankenunterstützung zu gewähren, fand einstimmige Annahme. Nachdem nunmehr als Ort des nächsten Gautages einstimmig Braunschweig festgesetzt wurde, und unter Punkt Verschiedenes noch einige kleinere Fragen erledigt wurden, fand die reichthaltige Tagesordnung ihre Erledigung um 6 1/2 Uhr. Kollege Wolf vom Hauptvorstand gab seine Freude kund über den überaus sachlichen und würdigen Verlauf der Versammlung und mit Dank an alle Anwesenden schloß darauf Kollege Mittendorfer die Versammlung.

Allgemeines.

Für den Industrieverband.

In Hamburg beschäftigte sich eine Sitzung der graphischen Vorstände mit der Vereinigung der

bestehenden Organisationen zu einem Industrieverband.

Die Anwesenden waren fast allgemein der Auffassung, daß die Vorarbeiten zur Verschmelzung unverzüglich eingeleitet werden müßten. Es wurden keineswegs die Schwierigkeiten verkannt, die einer restlo Versmelzung im Wege stehen, doch kam allseitig zum Ausdruck, daß eine gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit schon in nächster Zukunft vor sich gehen müsse. Auch könne die ungleiche Gestaltung des Unterstützungswesens kein dauerndes Hindernis einer vollständigen Verschmelzung bilden; bei dem notwendigen guten Willen ließen sich auch diese Schwierigkeiten überwinden.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

»Die gemeinsame Vorstandskonferenz der Buchbinder, Buchdrucker, Lithographen und Steindruckerei- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter in Hamburg ersucht nach reger Aussprache die Zentralvorstände der obigen Verbände, in gemeinsamer Beratung die Vorarbeiten zur Schaffung eines Industrieverbandes für das graphische und papierverarbeitende Gewerbe in die Wege zu leiten.«

Zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes

nahm eine Versammlung der Düsseldorfer Ortsvereine der graphischen Zentralverbände Stellung, die am 13. Oktober im Volkshaus stattfand. Der Gauvorsitzende des Buchbinderverbandes, Kollege Grönhof (Elberfeld), referierte. Er wies auf die Bestrebungen hin, die schon vor 25 Jahren zwecks Schaffung eines Industrieverbandes zutage traten. Wenn damals die Verhältnisse noch nicht reif dazu waren, so sei es jetzt doch an der Zeit, an die Lösung dieser Frage heranzugehen und ebenso wie in anderen Gewerben durch die Schaffung eines Industrieverbandes auch im graphischen Gewerbe zu einem einheitlichen Zusammenschluß zu kommen. Der Redner empfahl zunächst lokales Zusammenarbeiten, später würden dann die Zentralen der Verbände folgen müssen. In der Diskussion, die infolge der Polizeistunde abgebrochen und in einer Versammlung am 28. Oktober fortgesetzt wurde, stellten sich sämtliche Kollegen auf den

Boden des Zusammenschlusses. Nur über Weg und Ziel des Zusammenschlusses gingen die Meinungen zum Teil noch auseinander. Während einige Kollegen den Zusammenschluß auf dem Boden des Betriebsrätesystems (Betriebsorganisation) wollen, stand die Mehrheit der Kollegen auf dem Standpunkt des Festhaltens an den Zentralgewerkschaften. Nachstehende Entschliebung wurde gegen eine Stimme angenommen:

»Die am 13. Oktober 1919 im »Volkshaus: tagende Versammlung der Düsseldorfer Ortsvereine im Verband der Deutschen Buchdrucker, Deutschen Buchbinderverband, Verband der Lithographen und Steindruckerei, sowie Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter nimmt Stellung zur Frage der Schaffung eines graphischen Industrieverbandes. Die Versammlung steht im Gegensatz zu den Auslassungen des zweiten Vorsitzenden des Buchdruckerverbandes auf dem Standpunkt, daß auch im graphischen Gewerbe der Zusammenschluß der Berufsverbände zu einem einheitlichen Industrieverbande mit Rücksicht auf die geschlossene Phalanx des Unternehmertums geradezu eine Notwendigkeit ist. Alle kleinlichen Bedenken müssen zurücktreten und sind gering gegenüber den Vorteilen, die eine einheitlich organisierte Arbeiterschaft zu erringen vermag. Die Versammelten gelobten alles daran zu setzen, die Arbeiter des graphischen Gewerbes zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufassen, um so auch mit dazu beizutragen, die Hindernisse zu beseitigen, welche der Arbeiterschaft noch den Weg versperren, der zu ihrer ökonomischen Befreiung führt.«

Des weiteren wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, das örtliche Zusammengehen wie folgt zu gestalten: Unter dem Namen »Vereinigte graphische Berufe« wird ein Vorstand gewählt, dem die zwei Vorsitzenden jeder Organisation als Beirat anzugliedern sind, welche damit den erweiterten Vorstand bilden. Die Vereinigung der Betriebsausschüsse soll aufgelöst werden und sollen die Betriebsausschlußmitglieder mit den Vertrauensmännern zusammen die Funktionärsitzungen bilden, die alle Angelegenheiten behandeln, welche das Interesse der Gesamtheit der graphischen Arbeiterschaft berühren.

TOTENLISTE

- † Am 18. Mai in Gera **Louis Thomas**, Steindruker aus Jesuborn i. Thür., 70 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide. — Eingetreten in Gera am 28. Januar 1898.
- † Am 6. Juli in Darmstadt **Paul Binge**, Retuschneur aus Erfurt, 30 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 59 Wochen. — Eingetreten in Köln a. Rh. am 24. Februar 1907.
- † Am 20. August in Dresden **Franz Leonhardt**, Steindruker aus Leipzig, 66 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Entkräftung, Invalide seit 1. Januar 1913. — Eingetreten in Dresden am 1. Januar 1893.
- † Am 1. September in Berlin **Ernst Stein**, Lithograph aus Berlin, 34 Jahre alt, an Grippe und Lungenentzündung, krank 4 Tage. — Eingetreten in Berlin am 10. März 1912.
- † Am 3. September in Lahr i. B. **Ernst Richter**, Lithograph aus Zerbst in Anhalt, 46 Jahre alt, an Lungen- und Nierentuberkulose, Invalide seit 16. November 1917. — Eingetreten in Lahr i. B. am 15. Oktober 1899.
- † Am 8. September in Leipzig **Ernst Wannack**, Steindruker aus Bautzen, 54 Jahre alt, an Schlaganfall. — Eingetreten in Dresden am 1. Januar 1893.
- † Am 13. September in Heilbronn a. N. **Hans Wondrak**, Steindruker aus Saskal b. Reichenberg (Böhmen) 44 Jahre alt, an Mittelohrvereiterung, krank 3 Wochen. — Eingetreten in Heilbronn am 29. Juni 1919.
- † Am 14. September in Berlin (Kurort Lippspringe) **Fritz Voigt**, Kartograph aus Berlin, 32 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 23 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Berlin am 7. Januar 1906.
- † Am 18. September in Zittau **Otto Friedrich**, Steindruker aus Dresden, 36 Jahre alt, infolge innerer Quetschungen durch Unglücksfall an der Schmellpresse, krank 2 Tage. — Eingetreten in Dresden am 13. August 1905.

- † Am 19. September in Lübeck **Hermann Wichmann**, Steindruker aus Lübeck, 64 Jahre alt, an Magenkrebs und Bauchfellentzündung, krank 2 Wochen. — Eingetreten in Lübeck am 1. Januar 1893.
- † Am 25. September in Berlin **Bernhard Seldt**, Photograph aus Fiddichow, Kreis Greifenhagen, 57 Jahre alt, an Herzleiden, krank 10 Wochen, 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 29. September 1918.
- † Am 29. September in Nürnberg **Michael Bauer**, Chemigraph aus Nürnberg, 19 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erschießen. — Eingetreten in Nürnberg am 16. März 1919 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 17. August 1913.)
- † Am 29. September in Halberstadt **August Liefeld**, Steindruker aus Nordhausen, 63 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, Invalide seit 7. Juli 1918. — Eingetreten in Braunschweig am 1. September 1885.
- † Am 30. September in Leipzig **Bernhard Schatz**, Steindruker aus Leipzig, 62 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 34 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 1. April 1906.

- † Am 1. Oktober in Berlin **Hermann Kersten**, Steindruker aus Berlin, 66 Jahre alt, an Herzleiden, krank 20 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gest. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets schriftl Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Stellenangebote

Jüngerer Photograph
für Auto und Strich
Nachschneider u. Fräser
sowie **Andruker**
gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen an
Richard Müller
Chemnitz
Brückenstr. 31.

Kupferdrucker.
Wir suchen für unsere Anstalt zum baldmöglichen Eintritt Kupferdrucker für farbige Photogravure und Radierung, ferner Kupferdrucker für Schwarzdruck, Photogravure und Radierung. — Nur erste Kräfte.

D. & R. Bischoff, Verlagsanstalt,
München, Wurzerstraße 10.

Rohvergrößerungen
zum **Selbstauserbeiten.**
Sehr preiswert.
Desgl. fertig retuschierte Vergrößerungen liefert
R. Barth, Berlin, Potsdamer Str. 61

Anzeige.
Der Ausschub der Gewerkschaftskommission hat aus den amerikanischen Heeresbeständen einen größeren Posten
Dauer- u. besserer Stiefel
für die Berliner Konsumgenossenschaft erworben. Die Stiefel sind preiswert ab 1. Dezember 1919 von derselben in Berlin N, Brunnenstraße 188 zu kaufen.
Der Ausschub der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgeg.
I. A.: A. Köstgen.

Preiswert verkäuflich
„Der moderne Merkantilithograph“, 4 Mk.
1 Stahlweil, 40 cm lang 8 Mk.
1 Stahlwinkel, 16 x 16 cm 8 Mk.
1 Stahlwinkel, 13 x 26 cm 12 Mk.
R. Münchberg, Berlin-Lichtenberg,
Lehnbachstraße 17.

Achtung Xylographen!
Eine zweimal benutzte **Tonschneidemaschine**
für Herstellung von Holzschritten zum Friedenspreis spottbillig abzugeben.
Willy Bahrt, Wurzen i. S., am Markt.

„Betromit“ *Schnelldrockmittel*, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“ flüssige, Ersatz für echtes *Gummi-arabicum*, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“ *Druckpaste* speziell für schlechte zu verdruckende Farben u. Papiere.

„Enol“ *Drucktinktur* sehr geeignet für Bronzedruck

„Goljad“ vorzügliches *Reinigungs- u. Ausräummittel* bei Wasserbell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfeht
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49,
Fabrik chem. techn. Präparate für Druckerolen.